

Dringlichkeitsantrag: Humanitäre Zugänge für Hilfslieferungen nach Gaza

Antragsteller*in: Zohra Mojadeddi
Tagesordnungspunkt: 9 Anträge
Status: Zurückgezogen

Antragstext

1 Die deutsche Bundesregierung und auch wir Grüne haben zurecht die brutalen
2 Terrorangriffe durch die Hamas und andere bewaffnete Gruppen am 7. Oktober 2023
3 verurteilt. Die Hamas hat abscheuliche Angriffe auf Zivilisten verübt und hält
4 weiterhin zivile Geiseln fest. Diese und andere Handlungen verstoßen gegen das
5 humanitäre Völkerrecht.

6 Die schrecklichen Angriffe am 7. Oktober und die Notwendigkeit, die Sicherheit
7 israelischer Bürger:innen zu gewährleisten, haben dazu beigetragen, dass
8 Deutschland Israels militärische Gegenreaktion weitestgehend vorbehaltlos
9 politisch und militärisch unterstützt. Jedoch muss jede Unterstützung für Israel
10 mit den gegebenen Vorgaben des internationalen Völkerrechts im Einklang stehen.

11 Nach sechs Monaten Krieg in Gaza sind 5% von 2,2 Millionen Einwohner:innen im
12 Gaza Streifen entweder getötet, verletzt oder liegen unter den Trümmern der zu
13 zwei Dritteln zerstörten Gebäude in Gaza.

14 Es herrscht Hungersnot im Gazastreifen. Die Vereinten Nationen warnen, dass mehr
15 als 677.000 Bewohner:innen unmittelbar vom Hungertod bedroht sind – ein höherer
16 Bevölkerungsanteil als irgendwo sonst auf der Welt.

17 Aufgrund der Zerstörung der zivilen Infrastruktur und der Zugangsbeschränkungen
18 für humanitäre Güter fehlt es in Gaza an allem: an Lebensmitteln, sauberem
19 Trinkwasser und dringend notwendigem medizinischen Bedarf.

20 Direkt nach den Terrorangriffen der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 riegelte
21 die ultrarechte Regierung unter der Führung von Benjamin Netanjahu den
22 Gazastreifen komplett ab und erklärte ab dem 8. Oktober, dass Gaza keine
23 Lebensmittel, kein Wasser, keinen Treibstoff und keinen Strom mehr erhalten
24 soll.

25 Bereits seit dem Wahlsieg der Hamas 2006 unterlag Gaza einer Blockade, die dazu
26 geführt hatte, dass bis zu 80% der Bevölkerung auf internationale Hilfe
27 angewiesen waren. Alle Güter, die nach Gaza gebracht werden, unterliegen einer
28 sehr restriktiv gehandhabten Einfuhrkontrolle und Genehmigung seitens Israels.

29 Während vor dem 7. Oktober täglich rund 500 LKWs mit Hilfslieferungen in den
30 Gaza-Streifen kamen, sind es heute maximal 200 LKWs an einem Tag; es gab aber
31 auch Wochen, an denen keinerlei Hilfe erfolgte. Die Produktion im Gaza-Streifen
32 ist infolge des Kriegs fast ganz zum Erliegen gekommen, die Not angesichts der
33 rund 1,7 Millionen Binnenvertriebenen größer denn je.

34 Trotz der vehementen Forderungen aus den USA und der Anordnung des
35 Internationalen Gerichtshofs, die Versorgung der Zivilbevölkerung in Gaza zu
36 verbessern, kamen im Februar noch weniger Hilfslieferungen in Gaza an als im
37 Januar diesen Jahres. Als Reaktion hierauf begannen die USA und Jordanien im
38 März damit, Nahrungsmittelpakete aus der Luft in den Gazastreifen abzuwerfen und

39 einen temporären Hafen zu bauen. Deutschland beteiligt sich an den
40 Hilfslieferungen per Luft und See.

41 Viele internationale Hilfsorganisationen halten diese Wege allerdings für
42 ineffizient und wenig effektiv und beklagen den mangelnden Schutz für ihre
43 Mitarbeitenden in Gaza. Sie sehen sich aufgrund der Kampfhandlungen und des
44 Zusammenbruchs der öffentlichen Ordnung nicht in der Lage, die Bedürftigen auch
45 nur ansatzweise ausreichend zu versorgen.

46 Die israelischen Behörden haben laut UNRWA-Chef Philippe Lazzarini die Vereinten
47 Nationen am 24. März darüber informiert, dass sie keine weiteren
48 Lebensmittelkonvois der UNRWA in den nördlichen Gazastreifen genehmigen werden.
49 Desweiteren werden die Transporte von Hilfsgütern und Lebensmittel an den
50 Grenzen von bewaffneten israelischen Zivilisten und Siedlern an der Weiterfahrt
51 behindert oder teilweise gar nicht durchgelassen.

52 Aufgrund von gezielten Tötungen von UN-Mitarbeiter:innen und der
53 Mitarbeiter:innen von diversen international tätigen NGOs, wie z.B. von World
54 Central Kitchen, haben fast alle NGOs ihre so wichtige lebensrettende Arbeit in
55 Gaza beendet. Ihre Mitarbeiter:innen haben Gaza weitestgehend verlassen.

56 Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte hat das Vorgehen Israels, wie auch das
57 der Hamas, als Kriegsverbrechen eingestuft. Zwar räumt die Bundesregierung ein,
58 dass die Lage katastrophal ist, sie scheint aber nicht anzuerkennen, dass diese
59 Katastrophe ein von Menschen verursachtes Ereignis ist, und kein unvermeidbares
60 oder unvorhersehbares Ereignis darstellt.

61 Die umfassende Zerstörung einer Gesellschaft, wie sie sich nun vor unseren Augen
62 abspielt, ist jedoch mit der im Grundgesetz gefassten Verantwortung, für den
63 Frieden zu wirken, nicht vereinbar.

64 Die Bundesregierung hat die Aufgabe, sich vehement für die universelle Anwendung
65 des Völkerrechts und den Schutz der Menschenrechte einzusetzen – auch, wenn dies
66 bedeuten sollte, das Verhalten der aktuellen israelischen Regierung zu
67 verurteilen und zu sanktionieren. Die Bundesregierung sollte entschlossen
68 Maßnahmen zum Schutz der Bürgerinnen in Gaza ergreifen und für diejenigen auf
69 beiden Seiten eintreten, die sich bisher für Frieden, Gleichheit und Würde
70 eingesetzt haben und dies auch weiterhin tun.

- 71 • Wir Grüne in Hamburg setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass
72 Deutschland die Zahlungen an UNRWA im Gazastreifen mit sofortiger Wirkung
73 wiederaufnimmt, genau wie andere europäische Staaten und Japan, u.a. auch
74 weil es bis heute keine Beweise der israelischen Regierung für ihre
75 Anschuldigungen gegen das UN-Hilfswerk gegeben hat.
- 76 • Wir setzen uns für eine umgehende und umfassende Lieferung von
77 Lebensmitteln und Medikamenten sowie für Maßnahmen wie die Entsendung von
78 Ärzt:innen, Sanitäter:innen, Medium Urban Search and Rescue Teams,
79 Einsatzkräften des THW, I.S.A.R. Germany sowie den dringenden Schutz der
80 Einsatzkräfte von UN sowie diverser weiterer NGOs ein.
- 81 • Wir möchten, dass Israel internationale Journalist:innen und
82 Kriegsberichterstatte:innen die Einreise nach Gaza, ins Westjordanland

- 83 und andere besetzte Gebiete genehmigt, diese schützt und eine neutrale
84 Berichterstattung ermöglicht.
- 85 • Wir setzen uns, wie wir im Rahmen unseres BDK-Antrags bereits einstimmig
86 beschlossenen haben, für eine 2-Staaten-Lösung – Israel und Palästina – ein.
 - 87 • Aufgrund von gezielten Tötungen von Palästinenser:innen im Westjordanland
88 durch IDF und gewalttätige jüdische Siedler wird erwartet, dass Anthony
89 Blinken in den nächsten Tagen Sanktionen wegen Menschenrechtsverletzungen
90 gegen das „Netzach Jehuda“-Bataillon der israelischen Streitkräfte
91 ankündigen wird. Es wäre das erste Mal, dass die USA Sanktionen gegen eine
92 israelische Militäreinheit verhängen. Diese Maßnahmen würden die
93 Mitglieder des Bataillons von militärischer Unterstützung oder Ausbildung
94 durch die USA ausschließen. Für uns Grüne ist es nach diesem bereits seit
95 sechs Monaten andauernden Zerstörungskrieg mit mehr als 38.000 getöteten
96 Palästinenser:innen, davon allein 14.000 Kinder, und über 12.000
97 verletzten Kindern, unerlässlich die bisherige Waffenlieferung nach Israel
98 zu hinterfragen, zu bewerten und die Strategie dahinter zu evaluieren. Bis
99 zum Vorliegen einer wertebasierten und feministischem wissenschaftlichen
100 Aufarbeitung der bisherigen Waffenlieferungen nach Israel, setzen wir uns
101 zunächst für eine Aussetzung der Waffenexporte nach Israel ein.

Begründung

Begründung der Dringlichkeit:

Seit Antragschluss am 05.04.2024 hat mit der Eskalation zwischen Israel und Iran die Brutalität der Auseinandersetzung im Nahen Osten weiter zugenommen. Eine Ausweitung des Nahostkrieges muss dringend verhindert und die vor diesem Hintergrund zugespitzte Situation der Menschen in Gaza und im Westjordanland verbessert werden. Am 22.04.2024 wurde zudem in verschiedenen seriösen US-Medien sowie im deutschen öffentlich-rechtlichen Rundfunk über die Entscheidung der amerikanischen Regierung berichtet, Sanktionen gegen das „Netzach Jehuda“-Bataillon der israelischen Streitkräfte wegen Menschenrechtsverletzungen im Westjordanland anzukündigen.

Begründung: erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Zohra Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek); Sümeyye Dogan (KV Hamburg-Bergedorf); Lene Greve (KV Hamburg-Altona); Svenja Horn (KV Hamburg-Mitte); Linus Sage (KV Hamburg-Harburg); Klaus-Joachim Reinig (KV Hamburg-Altona); Massieh Zare (KV Hamburg-Mitte); Farid Abdullah Najem (KV Hamburg-Mitte); Heike Dahlgaard (KV Hamburg-Mitte); Urte Manjowk (KV Hamburg-Mitte); Sami Khokhar (KV Hamburg-Wandsbek); Otfried Hilbert (KV Hamburg-Wandsbek); Franz Florian Krause (KV Hamburg-Altona)